

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Omid Najafi und Dennis Jahn (AfD)

Kritik an der Implementierung der EU-Lieferkettenrichtlinie

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi und Dennis Jahn (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 03.07.2024

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG, seit 1. Januar 2023 in Kraft) und dessen geplante Verschärfung durch die Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD, im EU-Parlament am 24. April 2024 verabschiedet) stoßen in der deutschen Wirtschaft auf Kritik. So haben bereits im Januar die Spitzenverbände BDI, BDA, ZDH und DIHK gefordert, dass die Bundesregierung dem EU-Vorhaben nicht zustimmen solle¹. Die Folgen seien „Rechtsunsicherheit, Bürokratie und unkalkulierbare Risiken“. Die Spitzenverbände befürchten, dass Unternehmen mit unbegründeten Klagen konfrontiert und mit überzogenen Strafen belegt werden oder sich aus Europa zurückziehen könnten. Beklagt wird ebenso der entstehende Bürokratieaufwand - so müssten Unternehmen bereits beim deutschen LkSG einen Katalog von 437 Fragen abarbeiten. Erheblich ist demnach der Personalaufwand bei KMUs. Jeweils ein knappes Drittel der Unternehmen schätzt, dass die Vorgaben weniger als eine Vollzeitstelle (28,9 %) bzw. eine bis drei Vollzeitstellen (28,9 %) erfordern; 16,8 % der Unternehmen veranschlagen drei bis sechs Vollzeitmitarbeiter und knapp 10 % der Unternehmen mehr als sechs Vollzeitmitarbeiter². Auch bei der Erfüllung der CSRD-Richtlinie (Nachhaltigkeitsberichterstattung) sind bis zu 1 000 Dateneingaben zu tätigen³.

Am 7. Juni 2024 kündigte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck an, sich dafür einzusetzen, dass das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) im Rahmen eines Moratoriums für zwei Jahre ausgesetzt werde, bis das EU-Lieferkettengesetz in deutsches Recht umgesetzt sei⁴. Nach den EU-Vorgaben müssen dann die Unternehmen ihre gesamte „Chain of Activities“ (Art.3 Abs.1 lit. g CSDDD) samt allen Zulieferern und Vorlieferanten auf Menschenrechts- und Umweltverstöße prüfen. Die Unternehmen sind gehalten, mittels eines „transition plan“ die Klimaschutzziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Auch das Klagerecht und die zivilrechtliche Haftung werden ausgeweitet: Mutmaßliche Geschädigte können im Rahmen des deutschen Schadenersatzrechts klagen. Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen können als Stellvertreter für mutmaßliche Geschädigte klagen.

1. Wie will, nach Kenntnis der Landesregierung, die Bundesregierung, nachdem sie sich in der Abstimmung im Ausschuss der ständigen Vertreter der EU-Mitgliedstaaten enthalten hatte, die CSDDD in nationales Recht überführen?
2. Wird die Landesregierung Niedersachsens die Einwände der Wirtschaft gegen das Lieferkettengesetz aufnehmen und versuchen, über den Bund die Umsetzung abzuwenden?
3. Wie schätzen Unternehmen den Umfang und die innerbetrieblichen Mehrkosten für die Dokumentations- und Berichtspflichten ein (LkSG, CSDDD, CSRD)?
4. Wie groß ist nach aktuellem Stand der für Unternehmen abzuarbeitende Fragenkatalog beim LkSG, CSDDD und CSRD? Wie oft ist diese Dateneingabe im Betriebsalltag zu wiederholen?

¹ <https://www.zeit.de/news/2024-01/18/brief-an-scholz-eu-lieferkettengesetz-in-kritik>

² <https://www.creditreform.de/aktuelles-wissen/pressemeldungen-fachbeitraege/news-details/show/studie-sorgfaltspflichten-in-der-lieferkette-wo-steht-die-deutsche-wirtschaft>

³ <https://www.wiwo.de/finanzen/boerse/verkehrte-finanzwelt-nachhaltigkeitsberichte-unter-der-lupe-zwischen-ambition-und-wirklichkeit/29741560.html>

⁴ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/robert-habeck-will-lieferkettengesetz-zwei-jahre-lang-aussetzen-19771561.html>

5. Wie soll messbar und nachweislich festgestellt werden, ob Unternehmen im Rahmen ihrer Lieferkette zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens beitragen?
6. Unternehmen befürchten, dass sich ihre Zulieferer aus den bestehenden Geschäftsbeziehungen lösen werden, um neue vertragliche Verbindung mit Importeuren aus Ländern ohne Lieferkettensorgfaltspflicht einzugehen. Gibt es nach Kenntnis der Landesregierung hier konkrete Szenarien?
7. Welche Branchen, auch hier in Niedersachsen, werden von den Auswirkungen des Lieferkettengesetzes strukturell und finanziell besonders betroffen sein?
8. Wie steht die Landesregierung zu dem vom Bundeswirtschaftsminister geforderten 2-Jahres-Moratorium für die Umsetzung der CSDDD?
9. Ist es ein denkbares Szenario, dass es nach der jüngsten Wahl zum EU-Parlament und den im Sommer und Herbst anstehenden nationalen Parlamentswahlen in mehreren EU-Ländern zu einer nachträglichen Aussetzung der CSDDD im Rat der Europäischen Union kommen könnte?